

Geheimes Mitglied
schließt mit dem Namen
der Sonn- und Zeitschriften.

Abonnementspreis
monatlich 10 Pf.,
vierteljährlich 30 Pf.,
halbjährlich 60 Pf.,
jährlich 100 Pf.,
Durch die Post bezogen
1.00 Mk. zinkl. Postgebühren.

„Die Neue Welt“
(Unterhaltungsblätter)
durch die Post nicht bestellbar,
kostet monatlich 10 Pf.,
vierteljährlich 30 Pf.,
halbjährlich 60 Pf.,
jährlich 100 Pf.

Telephon Nr. 1047.
Telegramm-Adresse:
Neubuchh. Halle a. S.

Neue Welt

Sozialdemokratisches Organ

Inserionsgebühr
betragt für die 6 spaltenumfassende
Zeile oder deren Raum
50 Pfennig.
Für ausserhalbige Ausgaben
25 Pfennig.
Im redaktionellen Letzt
heftet die Zeile 75 Pfennig.

Inserate
für die fällige Nummer
müssen spätestens bis zum
Montag nach dem Erscheinen
des Blattes eingegangen
sein.

Eingetragen in die
Postzustellungsliste.

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Buerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.
Expedition: Parz 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. ■ Redaktion: Parz 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/2 Uhr mittags.

Strafprozessreform.

Das Ergebnis der ersten Lesung der Strafprozessreform in der Justizkommission.

Die Justizkommission des Reichstags hat die am 3. März d. J. begonnene erste Lesung des fünfhundert Paragraphen umfassenden Entwurfs einer Strafprozessordnung beendet. Sechzig Sitzungen von meistens fünfstündiger Dauer hat dieses Stück Arbeit erfordert. An gründlichem Austausch der größtenteils sehr weit und scharf auseinandergehenden Meinungen hat es nicht gefehlt. Dafür sorgten von vornherein vor allem die Vertreter der äußeren Kreise, geleitet von dem Vertreter, den großen, tiefschönen und umfassenden Justizreform-Ideen, zu denen die Sozialdemokratie in vielen Punkten übereinstimmend mit antireaktionären Bürgerlichen Elementen sich bekennt, auch im Rahmen der Wahrung des Strafzweckes in weit wie möglich Geltung zu verschaffen. Sie haben der Pflicht genügt, diese Ideen vorzutragen und energisch zu verteidigen, unbeeinträchtigt durch die sich nicht mit Hoffnung tragen konnten, in den entscheidenden prinzipiellen und organisatorischen Fragen den Widerstand der Vertreter der verbündeten Regierungen und der aus reaktionären Elementen bestehenden starken Mehrheit der Kommission zu überwinden.

Es ist gekommen, wie wir erwartet haben: das qualitative Ergebnis der Kommissionsarbeit ist sehr unbedeutend für uns und alle diejenigen, die unter Justizreform etwas anderes und Besseres verstehen, als die Vertreter des reaktionären Geistes und Systems.

Eine neue Strafprozessreform soll an die Stelle der bestehenden treten, von der die Begründung des vorliegenden Entwurfs selbst gibt an, daß unter den Reichs-Justizgesetzen des Jahres 1877 gerade die von Anfang an am wenigsten befriedigt hat. In den dreißigjährigen Jahren, die seit ihrem Erlass verlossen sind, haben die Rechtsanschauungen und das Rechtsempfinden weitestgehende Fortschritte eine harte Klärung und Entschärfung im Geiste der Humanität und des Fortschritts erfahren. Daß der vorliegende „Reform“-Entwurf dieser Tatsache nicht gedenkend Rechnung trägt, ja, in einigen Punkten sogar Verschlechterungen gegenüber dem geltenden Recht bringt, haben wir im Verlauf der letzten beiden Monate unsern Vertritt in einer Reihe von Artikeln näher dargelegt. Die Beschlüsse der Kommission, über die wir auch regelmäßig berichtet haben, ändern daran nicht viel; der Entwurf hat den Charakter erblicher Minderjährigkeit behalten. Vielesicht ist es möglich, in der zweiten Lesung noch einige Verbesserungen durchzuführen.

An den grundlegenden, im wesentlichen dem geltenden Recht entnommenen Bestimmungen des Entwurfs über die Strafvollstreckung ändern die Kommissionsbeschlüsse nichts. Der Kreis, der auf diesem Gebiete zu regelnden Fragen, wird ebenso begrenzt, wie im geltenden Gesetz, und zwar entsprechend dem ganzen Aufbau des Strafrechtens, an dessen Spitze die Todesstrafe steht, deren Beibehaltung die Sozialdemokratie fordert. Unsere Vertreter in der Kommission konnten im Rahmen der Strafprozessreform diese Forderung, die auf dem Gebiete des Strafzweckes liegt, nicht erheben. Sie mußten sich lediglich darauf beschränken, zu beantragen, daß die Todesstrafe nicht vollstreckt werden darf. Man sollte sich hüten, dagegen einzuwenden, wie es in der Kommission geschehen ist, daß dieser Antrag „infolgequent“ und deshalb „unabwendbar“ sei weil ja die Todesstrafe „zu Recht besteht“ und ihre Vollstreckung deshalb auch ein anderes Gesetz nicht verboten werden könne. Die Annahme des Antrages würde zum Erlaß eines Notgesetzes gezwungen haben, in welchem die Aufhebung der Todesstrafe ausgesprochen werden müßte mit der Maßgabe, daß diese Bestimmung in das neu zu schaffende Strafgesetzbuch einzubringen ist. Der Antrag war also gesetzlich durchaus berechtigt. An Beispielen, die durch ein Gesetz der vorletzten Legislatur gegeben sind, hat die Kommission in der ersten Lesung gezeigt, daß die Todesstrafe nicht vollstreckt werden darf. Man sollte sich hüten, dagegen einzuwenden, wie es in der Kommission geschehen ist, daß dieser Antrag „infolgequent“ und deshalb „unabwendbar“ sei weil ja die Todesstrafe „zu Recht besteht“ und ihre Vollstreckung deshalb auch ein anderes Gesetz nicht verboten werden könne. Die Annahme des Antrages würde zum Erlaß eines Notgesetzes gezwungen haben, in welchem die Aufhebung der Todesstrafe ausgesprochen werden müßte mit der Maßgabe, daß diese Bestimmung in das neu zu schaffende Strafgesetzbuch einzubringen ist. Der Antrag war also gesetzlich durchaus berechtigt. An Beispielen, die durch ein Gesetz der vorletzten Legislatur gegeben sind, hat die Kommission in der ersten Lesung gezeigt, daß die Todesstrafe nicht vollstreckt werden darf.

Wie das geltende Strafgesetz, so genügt auch der Entwurf in seinen fünften Buch, auch mit den von der Kommission beschlossenen Änderungen, dem Zweck nur sehr unvollkommen. Die Bestimmungen beschränken sich in zweiundzwanzig Paragraphen im allgemeinen auf die Art und Weise, wie die Vollstreckung angeordnet wird, auf die Vernehmung der Strafzeit, die Aussetzung der Vollstreckung, die Verrechnung der Unterbringungshaft usw. — Punkte,

bei denen die Fähigkeit der Verwaltungsbehörden und der Vollstreckungsgerichte in Frage kommt. Die Regelung des eigentlichen Strafvollzuges, die Feststellung eines einheitlichen Systems der Behandlung der Gefangenen, die genauere Definierung ihrer Pflichten und ihrer Rechte, die definitive gesetzliche Bindung der strafvollziehenden Zwangsgewalt, ist beinahe ausschließlich dem Gesetz vorbehalten, das zugleich die Änderungen berücksichtigen soll, die bei der demnächst in Angriff zu nehmenden Reform des materiellen Strafrechts, d. h. des Strafgesetzbuchs, zu bevorzugen sind.

Unbedacht dieser Zukunftsaufgaben hätte der Entwurf und auch die Justizkommission mit ihren Beschlüssen erliegen müssen, als es der Fall ist. Schon jetzt hätte man der Staatsanwaltschaft die Aufgabe, die Vollstreckung herbeizuführen und zu überwachen, neben stellen, statt sie ihr zu lassen. Schon jetzt wäre es zwecks Annäherung eines humaneren und gerechteren Strafvollzuges durchaus angezeigt gewesen, eine besondere, von der Staatsanwaltschaft ganz unabhängige Vollstreckungsbehörde unter Zugabe von tüchtigen Laien-Elemente zu errichten. Das ist leider nicht geschehen. Solch eine Behörde müßte natürlich auch konsequent sein für die Entscheidung über Aufschub und Unterbrechung des Strafvollzuges, entsprechend den möglichst alle Umstände, die dabei in Betracht kommen können, berücksichtigenden gesetzlichen Vorschriften, die dem willkürlichen Ermessen möglichst wenig Spielraum lassen müßten.

Eingehend hat die Kommission sich mit der prinzipiell und materiell sehr wichtigen Frage der Anrechnung der Unterbringungshaft auf die Freiheitsstrafe beschäftigt. Der Entwurf will die unter Ersterer Anrechnung nur zulassen für den Fall, daß der Verurteilte das Urteil nicht angetastet oder ein Rechtsmittel zwar eingelegt, aber innerhalb der Eingekerkelungsfrist nicht zurückgenommen hat. Diese dem § 482 der geltenden Strafprozessordnung entsprechende Bestimmung, fand leider die Zustimmung der Kommissionsmehrheit, obwohl es doch ganz offenbar ist, daß sie eine große Ungerechtigkeit in sich schließt. Die Sozialdemokraten bemühten sich, leider vergeblich, die unbedingte unverkürzte Anrechnung zu erreichen. Es muß fürumpierend auf die Rechtsprege werden, wenn das Gericht befugt ist, in dem einen Falle die Unterbringungshaft anzurechnen, im anderen Falle die Anrechnung zu verweigern, weil der Verurteilte Gebrauch gemacht hat von seinem guten Recht, die ihm gesetzlich zustehenden Rechtsmittel gegen das von ihm als ungerecht empfundene Urteil einzulegen. In der Inanspruchnahme des Rechts der Nichtanrechnung der Unterbringungshaft liegt ein rechtswidriger Versuch einer Einschränkung des Verurteilten, sich mit dem Urteil zufrieden zu geben, ja geradezu eine Vergewaltigung des Rechts, aus der notwendig berechtigte Erbitterung gegen die Justiz erwachsen muß. Jährlich erreichen, wie die Kriminalstatistik zeigt, viele Tausende Verurteilter durch Einlegung des Rechtsmittels ihre Freisprechung. Einige es nach der Tendenz des § 469 des Entwurfs, so würde in Aussicht auf die Anrechnung der Unterbringungshaft, die bekanntlich über lange Zeit sich erstreckt, es kaum noch jemand braucht, Verfügung über denselben einzulegen. Und es werden Tausende von Verurteilten nicht erlösen und in den Gefängnissen und in der Kriminalanstalt zehntausender „Schuldbauer“ mehr sein. Genaugestalt gelangt es in der zweiten Lesung des Entwurfs und im Plenum noch, eine Bestimmung zu beschließen, die den Verurteilten ohne Rücksicht darauf, ob er schuldig oder nichtschuldig, vor die Entscheidung stellt, ob er lieber lange mit folgendem Freispruch oder kürzere Zeit mit dem Neden der Verurteilung sitzen soll.

Auch die Voraussetzungen, unter denen die Aufschub und die Unterbrechung des Strafvollzuges zu erfolgen hat, haben über ausreichende Feststellung und Regelung nicht gefunden; es soll bei der alten bedenklichen Praxis bleiben, daß nach unzulänglichen Normen die Verwaltungsbehörde über Anträge auf Aufschub oder Unterbrechung entscheidet.

Mit geringer Majorität hat die Kommission nach lebhafter Debatte beschlossen, einer Fortsetzung Rechnung zu tragen, die bereits im Jahre 1878 im Reichstage sowohl von Seiten der Sozialdemokraten, als auch der Freisinnigen und der Führer desentrums (Wittich, Reichensperger usw.) energisch erhoben worden ist: Scharfung eines wichtigen Artikels des Strafgesetzbuchs der Kommission. Es wurde folgender § 47a neu aufgenommen:

„Gegen Mitglieder gesetzgebender Versammlungen des Deutschen Reiches oder eines Bundesstaates darf während der Sitzungsperiode der Versammlung nur mit deren vorheriger Genehmigung eine Freiheitsstrafe in Vollzug gesetzt werden.“

Jede gegen ein Mitglied solcher Versammlungen vor deren Zusammentritt begonnene Vollstreckung einer Freiheitsstrafe wird auf Verlangen der Versammlung für die Dauer der Sitzungsperiode ausgesetzt.“

Dieser Beschluß erfolgte, trotzdem die Regierungsvorläufer erklärt hatten, die neue Bestimmung sei nur die verbündeten Regierungen „unannehmbar“, eventuell könne daran die ganze Vorlage scheitern. Darüber ist aber ganz gewiß das letzte Wort noch nicht gesprochen. Allerdings ist die Frage nicht eine rein strafrechtliche, sondern auch eine Verfassungsfrage.

frage. Es handelt sich aber nicht um eine Verfassungsänderung, sondern lediglich darum, dem Artikel 81 der Reichsverfassung die richtige gesetzliche Deklaration zu geben. Und das kann nur bei der Strafprozessreform geschehen.

Schließlich ist noch zu erwähnen, daß auch die Regelung der Kostenfrage fast durchweg eine unbedeutende ist. Insbesondere enthalten, wie unsere Leser aus unserem Bericht ersahen haben werden, die Bestimmungen über Tragung der Prozesskosten durch die Staatskasse im Falle der Angeklagten freigesprochen oder außer Verfolgung gesetzt wird, trotz immer noch erhebliche Ungerechtigkeiten. Nach dem abgelehnten sozialdemokratischen Vorschläge sollten der Staatskasse die Kosten, auch die notwendigen Auslagen des Angeklagten, im vollen Umfang zur Last fallen.

Auch in diesem Punkte wird sich vielleicht in der zweiten Lesung noch einiges verbessern lassen. Jedenfalls muß, wenn die Berichte über dieses Stück Arbeit erschienen sind, die Kritik scharf und entschieden einsehen, vornehmlich auch die Kritik von juristischer Seite. (Hamb. Echo.)

Revolution in Portugal.

Nach einer beim Pariser Matin von einem in den portugiesischen Gewässern liegenden französischen Schiffe ausgegangenen drahtlosen Depesche ist in Portugal die Revolution ausgebrochen. Die Nachricht kommt — immer die Wichtigkeit der Meldung vorausgesetzt — durchaus nicht überraschend.

Seit Jahren gärt und brodelt es in Portugal und der Ausbruch einer Revolution war nur mehr eine Frage der Zeit. Am 1. Februar 1908 mußte der damalige König, der hiesige Carlos, und der Kronprinz Ludwig Philipp die auf die Spitze getriebene Willkürherrschaft und die graumächtige Diktatur des damaligen brutalen Gewaltmenschen, Premierministers Joao Franco, und seiner Sippe mit dem Leben bezahlen. Unter dem seither „regierenden“ schwächlichen Jüngling Manuel hat die republikanische Partei des Landes, von der die Revolution ausgeht, immer mehr an Macht und Bedeutung gewonnen. Und da der jugendliche König, eine Marionette, mißfiel ihm von seinen rationalen Ratgebern, unflug genug war, den Republikanern und den mit ihnen verbündeten Progressisten keine Konzeptionen zu machen, so wird er jetzt für diese Zwecke zu büssen haben. Wenn es, wie gemeldet wird, wahr ist, daß ihn die Republikaner bereits gefangen genommen haben, dann ist er die längste Zeit „König“ gewesen, zumal auch ein großer Teil des Heeres und der Marine auf Seiten der Revolution stehen und aktiven Anteil daran nehmen soll.

Wir lassen nun die bisher vorliegenden telegraphischen Meldungen folgen:

Paris, 5. Oktober. Der Matin erhielt ein drahtloses Telegramm von einem in den portugiesischen Gewässern liegenden Schiffe, das nach Santos Maria de La Mer im Departement von Douro geschickt wurde und von da nach Paris weitergehen wird. In diesem Telegramm heißt es, daß in Lissabon die Revolution ausgebrochen sei. Der Vertreter der Stadt ist gänzlich unterbrochen. Um 2 Uhr mittags hat das Kommando auf den Königspalast durch die Kriegsschiffe begonnen. Der größte Teil der Landarmee und die gesamte Marine sind auf Seiten der Revolutionären. Es ist unmöglich, nähere Details über die Lage in Lissabon zu geben. Ein gleiches Telegramm mit fast denselben Wortlaut ist dem Echo de Paris zugegangen. Um 1 Uhr heute nachts erklärte das Pariser Bureau der Daily Mail, daß es von seinem Stammbaum ein Telegramm erhalten habe, wonach König Manuel Gefangener der Revolutionären sei. Weitere Nachrichten waren bis 4 Uhr heute morgen in Paris nicht eingetroffen. Die Kabel zwischen Portugal und England funktionieren nicht. Auch die Telegraphenlinie von Portugal nach Frankreich konnte während des gestrigen Tages nicht ein einziges Telegramm befördern. Um 12.50 Uhr morgens erhielt Matin ein weiteres Telegramm der Times, worin es heißt, man habe allen Grund zu der Annahme, daß Portugal sich in einer sehr schwierigen Lage befindet. Die Telegraphenverbindungen mit Portugal haben gestern während des ganzen Tages nicht funktioniert. Man glaubt jedoch, daß die Meldung von dem Ausbruch der Revolution immerhin möglich sei. Die Nachricht, daß König Manuel Gefangener der Revolutionären sei, scheint als übertrieben zu gelten. Dennoch dürfte man nicht vergessen, daß die ein König Manuel geführte Kritik, die während der letzten Zeit und namentlich während der Wahlkampagne offen ausgesprochen worden ist, jetzt in einer Revolution ihren Ausdruck gefunden habe. Man dürfe auch nicht vergessen, daß die Progressisten sich am 23. September mit den Republikanern bei der Eröffnung der Cortes durch den König verbündet haben.

Fortuna gegeben, der in einer Verammlung, worin der Zentrumsrat Praschma geredet hatte, in einem Schlusswort gegen die Ruerische Richtung wie folgt loslegte:

Ich spreche im Sinne der ganzen Versammlung und dieser Tausende treuer Kämpfer des Zentrums unseres genialen Industriehelden, wenn ich dem Herrn Reichstagsabgeordneten Praschma folgendes erkläre: Sagen Sie den furchtlichen Behörden, daß das treue katholische Volk in der tiefsten Seele erbittert ist über gewisse Marodeure in unseren Reihen, welche da unsere in jahrelangen Arbeiten schweißgeputzte Organisationen zu zerören trachten. Wir sind so stolz auf das Zentrum, seinen Charakter und seine Führer, daß wir es geradezu für eine Heiligtum (Santal) halten, immer wieder mit abgetanen Doktorfragen den Anhängern des Zentrums die Freude an denselben nehmen zu wollen. Das Zentrum ist, was es ist, oder es ist nicht. (Stürmischer Beifall.) Es muß mit diesen Marodeuren im eigenen Lager endlich ein Ende gemacht werden. Ich spreche das offen aus, was Hunderttausende denken, denn es geht ein Schrei der Entrüstung durch unsere Reihen, daß es Leute gibt bei uns, welche durch Verdrängungen aller Art nach oben hin zu wirken und die selbsterfüllten Organisationen der deutschen Katholiken zur Freude der Gegner zu unterwerfen suchen, welche nicht davor zurückbleiben, als Giftmischer in der liberalen Presse aufzutreten. Wir bitten Sie, Herr Graf, auch gegenüber der bischöflichen Behörden Ihrer Diözese diesen unseren Nachschrei zur Geltung zu bringen. (Stürmischer Beifall.)

Diese Marodeure, Giftmischer und Verräter sind stramme Katholiken und gerade wegen ihres sehr starken ausgeprägten katholischen Bewusstseins in diesen und jenen Dingen Gegner der heutigen „modernistischen“ Zentrumspolitik. Aber gute Zentrumsleiter sind die Bitter, Meeren und Konjorten darum nicht minder. Dessenungeachtet werden sie bestmöglich die schlimmsten Feinde und in aller Form mit dem Zentrumsruf bedroht. Es lebe die christliche Bruderliebe und die liberale Freiheit! Der Senkung hat im übrigen nach dem Breslauer Kardinal Knop gezielte, in denen Diözese der Graf Praschma beheimatet ist. Dieser Kirchenfürst ist aber der oberste Richter orthodoxer Katholizität in Deutschland und der Vertrauensmann des Papstes. Die Senkungliche Anweisung wird ihn, anstatt ihn den Zentrumsleuten getreulich zu machen, voraussichtlich zu noch härterer Kontrolle als bisher veranlassen. Die Gegenstände im liberalen Lager werden von Tag zu Tag härter, die Stimmung wird immer erbitterter.

Deutsches Reich.

Der Termin der nächsten Reichstagswahlen. Die konservative Presse bestreitet, daß bereits in Jahresfrist die Reichstagswahlen vorgenommen werden. Man weiß darauf hin, daß die gegenwärtige Zusammensetzung des Reichstags es keineswegs gebietet erscheinen läßt, die Reichstagswahlen wesentlich früher als es eigentlich erforderlich ist, vornehmen zu lassen. Demgegenüber ist betont, daß in der Zeit der Gedankensammlung über den Reichstag so getriggert aufzulösen, daß die Wahl noch vor dem Beginn der großen Sommerferien stattfinden kann.

Wahlkampf zum Reichstage. Wähler, der bayerische Zentrumsabgeordnete, soll zum Zornprobi ernannt werden, was für ihn eine wesentliche Plage und Gehaltsverhöhung bedeutet. In diesem Falle würde eine Keimwahl nötig werden. Am Reichstag vertritt Dr. Häfner den niederbayerischen Wahlkreis Passau. Der Wahlkreis ist früher Zentrumsbereich.

Am Reichstag der Regierung des schwarzbaren Wads ist die Anhebung der fühlenden Männer selbstverständlich. — Reichsgesetzliches Verbot des Waffentragens? Von gewisser Seite wird angeregt, im Reichstag möge auf den Erlass eines Gesetzes hingewirkt werden, durch welches das Waffentragen verboten werden soll, wenn eine besondere behördliche Erlaubnis nicht erteilt ist. Eine solche Vorrichtung besteht bereits für das Königreich Bayern, wo schon viele Leute wegen un-

zufügen Waffentragens bestraft worden sind. Diese Praxis will man nun aufheben auf das ganze Reich übertragen und im den Waffentrag auf zu regeln, plan man außerdem, die Waffenhändler konzeptionspflichtig zu machen.

Seelands Umwandlung in ein Fort. Mit dem vergangenen Montag ist das gesamte Seeland auf Helgoland, soweit es noch unbesetzt ist, in den Besitz des Marinefestus übergegangen. Für die militärischen Befestigungen der Insel sind in den letzten Tagen wieder über 1/2 Million Mark ausbezahlt worden.

Ein verurteilter Echarfmarderfisch. Kasparek, der Herausgeber einer für die Interessen der reichlich-weitläufigen Echarfmarder tätigen Sozial- und wirtschaftlichen Korrespondenz, wurde dieser Tage wegen Verleitung des Geschäftsführers unseres Eiferer Parteiblattes zu 30 M. Geldstrafe und Publikation des Urteils in der Arbeiter-Zeitung und in der Korrespondenz verurteilt. — A. hatte wahrheitswidrig behauptet, der flugende Genosse habe sich am 1. Mai vom Festplatz gedrückt, sein in einer eckigen Wirtshaus biniert, schämig sein Waidgebenden verließ und dadurch einen Ansturm mit seinen Genossen, die ihn „geschick“ hielten, hervorgerufen. — A. scheint trotz der Verurteilung seine höherer Partei weiter befolgen zu wollen, denn neuerdings hat er einen Ergossen aus Offen, Beyer, für seine Korrespondenz engagiert und wird also nächstens die Post und seine sonstige Stammhaftigkeit mit „Entfaltungen aus dem sozialdemokratischen Lager“ versehen.

Oesterreich-Ungarn.

Die Wiener Arbeiter gegen die Fleischsteuer.

Ueber die schon gemeldete Niesendemonstration, die die Wiener Arbeiter am Sonntag gegen den Fleischwucher veranstalteten, verlauten noch folgende Einzelheiten:

Zweihunderttausend Männer und Frauen folgten am Sonntag der Aufforderung der Partei, um gegen die verbrecherische Fleischgültigkeit, mit der die Regierung die von ihr im Interesse der Arbeiter mißgeschaffene Fleischnot mit aniecht, Protest zu erheben. Die große Masse des Zugs, der auf der Ringstraße in Reihen von 15 vier Stunden dauerte, waren natürlich Arbeiter und ihre Frauen. Aber auch bürgerliche Hausfrauen und Beamte stellten einen Teil. Es war eine der grandiossten Demonstrationen, die eine europäische Großstadt gesehen, heißt es im Bericht des Berl. Tagelbl. „Ingehörige Massen auf den Straßen. Weit und breit kein flüchtiger Polizist, geschweige denn ein knurrender Gemeiner mit moralischen Reigungen. Neben auf der Straße, Standorten, Bönen, Kufe“. Die angenommene Resolution fordert: „Offnung der Grenzen, insbesondere freie Zulassung des argentinischen Fleisches; Beilegung der Hölle auf Fleisch und Futtermittel; planmäßige Verjüngungspolitik der Gemeinden unter Ausschluß des wucherischen Zwischenhandels. „Die heutige Waffentragung ist eine ernste Mahnung für die Fleischverteurer aller Art, eine ernste Mahnung an die Regierung. Die Bevölkerung Wiens ist entschlossen, den Kampf energisch fortzusetzen gegen die wucherische Beschränkung der Volksernährung, gegen alle Götter und Kuppelher des Lebensmittelmachers. Nieder mit der Hungerpolitik!“ Ueber die Bedeutung der Demonstration hieß es vorher in der Arb.-Ztg.: „Diese Frauenmarchen haben historische Bedeutung. In einem Arbeiterparadise nach haben. Nach einem Arbeiterparadise ward das allgemeine Wahrtrecht durchgesetzt. . . Der heutige Tag wird ein Wendepunkt in der wirtschaftlichen Geschichte Oesterreichs sein. Man wird ihn unwillkürlich im Kalender rot anzeichnen!“

Verweirte Bauern.

Wie aus Serajewo in Bosnien gemeldet wird, herrscht unter den Bauern des Kreises Venja eine erregte Stimmung. Die verweirten Menschen wollen sich von den Grundbesitzern nicht mehr schinden und ausbeuten lassen und verweigern die Zahlung der hohen Abgaben wie auch jedwede Arbeit. Selbstverständlich wissen sich auch hier die Behörden, als die zufügigen Verleser des Grundbesitzers, nicht anders zu helfen,

als daß sie Polizei und Militär auf die geschneideten Bauern heben. In Doboi soll es bereits zu Zusammenstößen zwischen Bauern und Gendarmen gekommen sein.

Frankreich.

Gine antimilitaristische Kundgebung.

land auf dem Bahnhöfe in Paris bei der Abfahrt der Reuten statt. Mehrere hundert Reuten kamen vor Abgang des Zuges die Internationale und riefen: „Nieder mit der Armee! Die Fahne auf den Wirtshaus!“ Die Polizei, die einschreiten wollte, wurde verhöhnt. Ein Marotte der Kriegsstute der angeht an der Kundgebung teilgenommen hat, wurde verhaftet.

England.

Wies für den Militarismus.

Premierminister Asquith hat Lord Balfour in einer Antwort auf seinen offenen Brief erklärt, die Regierung sei vollständig durchdrungen von der Notwendigkeit, die Leberkraft Englands zur See aufrecht zu erhalten, und werde nicht unterlassen, alles, was für diesen Zweck notwendig erzeuge, unverzüglich vom Parlament zu fordern. Das Kriegsministerium kündigt eine Reorganisation und Erweiterung der militärischen Aufschifferei in Scarborough zur intensiveren Ausbildung in der Flucht an. Geplant ist auch die Bildung eines besonderen Fliegerkorps.

Rußland.

Bäterschens Finanznöte.

Vor einigen Tagen wurde aus unrichtigen Pariser Finanzkreisen berichtet, daß die russische Regierung in nächster Zeit nicht nur eine innere Anleihe, sondern auch eine große auswärtige Anleihe ausgeben werde. Diese Nachricht wurde natürlich von dem offiziellen Informationsbureau sofort dementiert. Wie aber nun in Petersburgs Finanzkreisen berichtet wird, ist dieses Dementi ohne Bedeutung und für Anfang 1911 wird mit Bestimmtheit eine neue Anleihe aufgenommen werden.

Ein Zerkle weniger?

Die Petersburgs Zeitung Nowoje Wremja bringt die sensationelle Meldung, daß den berüchtigten agent provocateur Azen das verdiente Schicksal ereilt habe; er sei von drei Persönlichkeiten die sich falsche Namen angelegt hätten und dem schürigen Polizeispitzel überall hin gefolgt seien, getötet worden. Ist es auch durchaus nicht unwahrscheinlich, daß die Polizeikreure ein solches Ende gefunden hat, so wird man doch erst abwarten müssen, ob die Nachricht auch von anderer Seite bestätigt wird, ehe man sie ohne weiteres als wahr annehmen kann.

Türkei.

Die inneren Wirren.

werden immer verwickelter, und die Art, wie die jungtürkische Regierung gegen die oppositionelle Bevölkerung vorgeht, macht die Dinge nur noch schlimmer. Der Belagerungsstand hat jetzt auch auf das Gebiet von Katerius ausgebreitet. Die Truppen gehen ohne Schonung vor. Der in Demblische-Warba verhaftete bulgarische Bischof, dessen Ueberlieferung an ein Kriegsgericht erfolgen sollte, erlösch sich im Gefängnis.

Nach Konstantinopel gelangte Meldungen aus dem Yemen belagen, daß der dortige Zman Yabia für einen Aufstand agitiere. Man befürchtet, daß sich der Aufstand über ganz Arabien ausbreiten könne. — Verhaftet wird ferner, daß sich die arabischen Grenzbevölkerung nimmer zu besänftigen beizimt. In Arta ist in einem dortigen Hause eine große Anzahl Soldaten untergebracht worden. In mehreren Grenzorten arbeitet man Tag und Nacht an der Errichtung von Hochkäuern.

Verantwortlich für Letzteres, Politische Ueberficht, Partei-mitgliedern Paul Sennig, für Ausland, Gewerkschaftliches, Heulsten und Vermittliches Karl Bod, für Soziales, Provinz-geselles und Veramtlungsberichter Otto Niebuhr, sämtlich in Halle.

Zum Wohnungs-Wechsel :: äusserst vorteilhafte Angebote. ::

Tüll-Gardinen zu Reklamepreisen.

<p>Serie I</p> <p>solide Qualität Reklamepreis: Meter 35 Pf.</p> <p>abgepasste Fenster Reklamepreis: 2 Flügel 1⁸⁵</p>	<p>Serie II</p> <p>haltbare Qualität Reklamepreis: Meter 48 Pf.</p> <p>abgepasste Fenster Reklamepreis: 2 Flügel 2⁹⁰</p>	<p>Serie III</p> <p>gute Qualität Reklamepreis: Meter 68 Pf.</p> <p>abgepasste Fenster Reklamepreis: 2 Flügel 3⁷⁵</p>	<p>Serie IV</p> <p>prima Qualität Reklamepreis: Meter 75 Pf.</p> <p>abgepasste Fenster Reklamepreis: 2 Flügel 5³⁵</p>
--	---	--	--

Engl. Tüll-Stores	Stück 6.65 b. 1.50
Erbstüll-Band-Stores	Stück 2.25 bis 1.50 b. 9 M.
Madras-Stores,	bunt, Stück 8.50 b. 9 M.
Tüll-Bettdecken,	Stück 1.25 bis 1.60 b. 2 M.
Künstler-Gardinen	Stück 1.50 bis 10.50 b. 9 M.
Brise-Bises	Stück 95 bis 25 Pf.

Vitrage-Köper	Mtr. 65 b. 45 Pf.
Gemust. Vitrage-stoffe	Mtr. 1.10 b. 60 Pf.
Spaehel-Vitrage	Paar 5.50 bis 15 M.
Spaehel-Borden	Meter 1.00 bis 15 Pf.
Tüll-Borden	Meter 1.75 bis 50 Pf.
Tüll-Lambrequins	Stück 1.85 bis 50 Pf.

Teppiche	
Axminster	ca. 130 x 195 11.50 10.50 7.75 4.50
	ca. 165 x 225 25.00 18.75 16.75 13.75
	ca. 200 x 295 35.00 27.00 24.50 20.00
Tapestry	ca. 130 x 195 13.25 10.00 6.50
	ca. 165 x 225 23.50 15.00 11.50
	ca. 200 x 295 35.50 30.00 23.50
Velour	ca. 130 x 195 18.00 16.50 14.50
	ca. 165 x 225 37.00 31.50 27.00
	ca. 200 x 295 48.00 42.00

Leinen-Dekoration	11.00 bis 4.50	Filtzuch-Decken	5.00 bis 95 Pf.
Filtzuch-Dekoration	12.00 bis 1.75	Tuch-Tisch-Decken	15.00 bis 7.00 M.
Tuch-Dekoration	18.50 bis 14.50	Plüsch-Tisch-Decken	18.50 bis 9 M.
Plüsch-Dekoration	22.00 bis 6 M.	Pers.-Tisch-Decken	im it. 9.50 bis 9 M.
Lambrequins	3.50 bis 3.75	Sofadecken	7.50 bis 6.75 Pf.
Lambrequinborde	Meter 1.85 bis 3.75	Fenstermäntel	5.50 bis 2.9 M.
Diwan-Decken	Plüsch, Gobelin, Fantasie 4 M. bis 4.75 M.		

Moquette-Plüsch für Sofabezüge 4.25 M. an. Meter von

Gardinen-Leisten,
Vitrage-Zug-Einrichtungen
in allen Längen und Preislagen.

Geschäftshaus

J. Lewin
Halle a. S., Marktplatz 2 und 3.

Jahresbericht des Agitationskomitees für den Parteibeckirk Halle.

Das vorige Geschäftsjahr stand noch unter dem allgemeinen Einfluß der damals noch herrschenden Krise und brachte uns, bei aller eifriger Arbeit, nur einen mäßigen Mitgliederzuwachs. Im Berichtsjahre aber hob sich die wirtschaftliche Lage wieder und so war es möglich, durch lebhaftere

Agitation

in allen Kreisen die Mitgliederzahl erheblich zu vermehren. Wir haben gegen das Vorjahr rund 5000 neue Mitglieder gewonnen, wovon allerdings beinahe die Hälfte der Mannsfelder Kreis gebührt hat. Hier schuf die durch den großen interesselosen Vergarbeitsstreik neu geschaffene Situation einen willigen Umschwung in der Haltung der Vergarbeitschaft. Die bisherige stumpfsinnige Untertänigkeit war mit einem Male verloren und ein freierer, frischer Hauch wehte durchs ganze Mannsfelder Revier. Diesen Umschwung wieder rückgängig zu machen, ist der Leitung der Mannsfelder Gewerkschaft selbst mit den schärfsten Maßnahmen nicht gelungen. Alle Maßregelungen, die man vornahm, veranlaßten wohl einen Teil der Vergarbeiter zu einer gewissen Zurückhaltung mit ihren Ansichten, konnte aber die erwachte Bewegung nicht wieder erlöchen. Erst die große Anzahl Bezeugte hat das Revier freier und unbeschränkter verlassen, hat aberweit lobende Bewusstseinsgewinnungen und die Verwirklichung mußte mit den Maßregelungen innehalten, wollte sie sich nicht ins eigene Fleisch schneiden.

An dem schönen Fortschritt unserer Organisation hat natürlich auch unsere liebe Regierung, mit den bürgerlichen Parteien, schuld, denn sie schufen in gemeinsamer Arbeit einen politischen Zustand, der Tausende aus ihrer politischen Gleichgültigkeit aufweckte. Die Vermehrung der Mitglieder brachte natürlich auch der Bezirksklasse einen größeren Zutritt an Geldern, so daß wir finanziell wesentlich mehr leisten konnten als in früheren Jahren, und dadurch instand waren, die Agitation in all den Kreisen, die der Unterstützung bedürftig, lebhaft mit fördern zu helfen. Wir haben uns immer auf den Standpunkt gestellt, daß wir in der Bezirksklasse keine Gelder ausgeben wollen, sondern sie zur Agitation verwenden müssen, so daß wir trotz der erhöhten Einnahmen keinen wesentlichen Kassenbestand aufweisen können.

Agitationskourieren mit auswärtsigen Referenten sind vom Bezirk aus nicht veranstaltet worden, da der

Wahlrechtskampf

uns wesentliche Wahlrecht in allen Kreisen schon genügend Veranlassung gab, Versammlungen abzuhalten. Wir können mit den Zeitungen unseres Bezirks im Wahlrechtskampfe voll aufzutreten sein. Nicht nur sehr viele und gut besuchte Versammlungen haben stattgefunden, auch durch Flugblätter und sehr imposante Demonstrationen ist die Bevölkerung aufgerüttelt worden. Das der Halle'sche Bezirk darin seine Pflicht erfüllt hat, beweisen die vielen polizeilichen und gerichtlichen Verfolgungen. Am schlimmsten baute die Reaktion in Halle. Die Presse hat über die Heldentaten der Halle'schen Polizei und Justiz ausführlich berichtet, so daß wir uns erheben können, hier nochmals nähere Schilderungen des speziell Halle'schen Wahlrechtskampfes zu geben.

Ein erfreuliches Zeichen des Fortschritts unserer Bewegung im Bezirk ist die Tatsache, daß sich auch die schwächeren Kreise in ihrer agitatorischen Betätigung immer selbständiger machen. Das Bezirkskomitee braucht nicht mehr, so wie früher, die schwächeren Kreise zur Agitation zu drängen. Man ergreift viel mehr als früher selbst die Initiative. Nur mangelt es noch einigen Kreisen an der finanziellen Möglichkeit, ihren Kalendern entsprechend betreiben zu können. Wir haben deshalb in allen Kreisen dahin gewirkt, daß entschie-

zur Einführung des Wochenbeitrags

Stellung genommen wird. Das hatte seine Schwierigkeiten, weil man in den einzelnen Kreisen recht ganz abweichende Fragen näher trat. Der Zeitungs-Kreis hat nun schon im vorigen Jahre den 10-Pf.-Wochenbeitrag eingeführt und genau so viel neue Mitglieder gewonnen, wie zum Beispiel der Halle'sche Kreis, wo der Wochenbeitrag noch nicht eingeführt war. Daraus ergibt sich, daß die Beitragsfrage auf den Mitgliederzuwachs keinen erheblichen Einfluß hat. Namentlich ist nach den Kreistagen dieses Geschäftsjahres schon in vier Wahlkreisen der Wochenbeitrag beschlossene Sache, in den anderen Kreisen schweben noch die Beratungen, und nur in einem Kreise hat man sich schon für den 10-Pf.-Wochenbeitrag gewandt. Es ist zu wünschen, daß auch in diesem Kreise die Mitglieder nicht diejenigen Befürchtungen hegen, die von den Kreisratsmitgliedern jenes Kreises zur Ablehnung des Wochenbeitrages geltend gemacht wurden.

Die schriftliche Agitation

War auch im verfloßenen Jahre wieder ziemlich lebhaft. Nähere Angaben über die positiven Leistungen auf diesem Gebiete sind wieder in den nachfolgenden tabellarischen Bewegungsbüchern zu finden. Es gelangen vom Bezirk aus zur Verbreitung: Der Volkskalender; das Flugblatt An die Männer und Frauen des westlichen Volkes; Volkshandlung und Volkserziehung; Militarismus und Arbeiterklasse; Die Frauen und die Politik; die Broschüre Liebe Schwestern; Material zur Agitation für Parteipresse und Organisation; sechs Flugblätter zu Gewerkschaften, Wahlen, sechs Flugblätter zu Volkskämpfen und eins gegen die Einführung einer neuen bürgerlichen Zeitung in einem industriellen Gebiet.

Leider ist infolge des Wahlrechtskampfes um ein Geringes zurückgestellt worden. Wir müssen aber, trotz der größeren

Zurücknahme unserer tätigen Genossen, bei solchen großen Kampfnationen mehr als bisher zur Vermehrung unserer Mitglieder leisten. Gerade bei großen politischen Situationen, ist unter den Weibern eine lebendige Stimmung vorhanden, die sich gut zur Werbung neuer Mitglieder ausnützen läßt. Die Genossen in den Kreisen, nicht bloß die Parteifunktionäre, müssen immer Aufnahmegetriebe für sich haben, damit sie jederzeit bequem die Formalitäten zur Aufnahme eines Bekannten in die Partei erledigen können. Denn oft wird infolge mangels eines Gläubigen Papiers ein neuer Genosse nicht aufgenommen, der für die Partei gewonnen werden konnte. Mögen

also die Genossen dieses beachten. Man muß immer wieder an Selbstverständliches erinnern, wenn es wichtig ist.

Auch die ständig empfindlichen Wahlkreise bringen wir wieder in Erinnerung. Die Zeit bis zur nächsten Reichstagswahl muß tüchtig ausgenutzt werden, damit wir mit einer fräftigen Organisation und gut vorbereiteten Parteipresse den Wahlkampf aufnehmen können.

Die Agitation zur Organisation der proletarischen Frauen hat im verfloßenen Jahre fast in allen Kreisen etwas hinten angelegt werden müssen, ebenfalls wegen der Wahlrechtsbewegung. So kommt es, daß einen wesentlichen Zuwachs von weiblichen Mitgliedern nur der Mannsfelder Kreis aufzuweisen hat. Hier schuf der Vergarbeitsstreik eine Ausnahme-situation.

Wie schon mehrfach gesehen, wollen wir auch hier wieder den Genossen nahelegen, die Frauen recht lebhaft für das Vereintreten unserer Parteiorganisationen zu interessieren. Viele bereits organisierte Frauen sind der Zusammenschlüsse nicht gern in den Mitglieder-Versammlungen, aber noch weniger werden die noch nicht organisierten Frauen zum Besuch animiert. So kommt es, daß viele Frauen die Partei nur aus den Volksversammlungen kennen. Das ist ein Fehler, denn solche Frauen werden selten tieferes Interesse für unsere Sache gewinnen. Werden aber die schon organisierten Frauen nicht genügend für unsere Mitgliederwerbungen interessiert, so entsteht unter ihnen das Bedürfnis, ein wenig „Sonderbündel“ zu treiben. Diese Sonderbündel besteht dann in dem Verlangen, recht viel besondere Frauenredaktionen abzuhalten, und ist in diesen nicht immer ein ersterer Beratungsstoff vorhanden, so verliert man sich leicht in reinliche, die Bewegung nur schädigende persönliche Machtkämpfe. Aber gerade dieses Unvermögen sich für die Parteipresse zu interessieren, ist eine sehr wichtige Aufgabe. Wir wollen dabei gar nicht verschweigen, daß in diesem Punkte auch dem „harsten“ Geschlecht in unserer Partei noch manches nachhaken anhaftet. Was der satte oder stumpfsinnige Spießbürger an der heulärischen Machtsucht sich erfreuen, wir Sozialdemokraten müssen uns davon frei machen. Wir fördern durch solches Streben unsere Bewegung ganz erheblich und müssen darum auch gerade zu diesem Zwecke die Frauenbewegung zu fördern suchen. Sie hat jetzt noch manches an sich, was mit Recht mißfällt, aber über diese weniger erfreulichen Begleiterscheinungen des ersten Stadiums der Frauenbewegung wird sie sich weiter entwickeln und die Partei und das Proletariat wird dann einmal große Freude an ihr erleben.

Die inneren Verhältnisse unserer Parteioorganisation

haben sich im verfloßenen Jahre auch wieder um einiges verbessert. Die Vermehrung der Mitglieder hat uns auch vermehrte Mittelkräfte gebracht und die etwas größeren Einnahmen in den einzelnen Kreisen ein leistungsfähigeres Material ermöglicht. Wenn auch die Verhältnisse gern helfend eingetreten, so ist es natürlich immer eine gewisse Bähmung der organisatorischen und agitatorischen Arbeit, wenn immer erst jedesmal jede kleine Ausgabe zehnmal erogen werden muß und Rücksicht auf die schwache Kreisliste. Genau so liegt es aber auch mit der örtlichen Tätigkeit der einzelnen Filialen. Es ist nötig, daß in den Kreisen, wo heute die Ortsverwaltungungen fast gar keine Geldmittel in der Hand haben, eine Veränderung geschaffen wird. Der am Orte verbleibende Prozentsatz muß etwas erhöht werden. Wenn die Orte immer erst bei jedem Versammlungstermin oder sonstiger mit Ausgaben verknüpfter Sache die Kreisleitung ansuchen müssen, so hemmt das auch den Eifer der tätigen Genossen in den einzelnen Filialen. Es wäre sehr zu wünschen, wenn wir es jetzt schon richten könnten, den Ortsverwaltungen den größeren Prozentsatz der Einnahmen zu lassen und das für natürlich auch den größeren Teil der Ausgaben zugewiesen. Zweifellos würde das eine wesentliche Hebung des Arbeitseifers der Ortsleitungen zur Folge haben. Deshalb müssen die Kreisleitungen sich betreiben, in dieser Richtung einmal immer wieder einen Schritt nach vorwärts zu wagen.

In einigen Kreisen werden in den Kreisberichten angegeben die Einnahmen und Ausgaben der Ortsfilialen noch nicht mitsummiert. Wir empfehlen das aber sehr, weil sich dann noch ein ganz anderes Bild von den finanziellen Gesamtleistungen in den Kreisen, und dann auch im Bezirk, ergibt.

Die Pflichtenleistungen gegen die Hausliste in Berlin sind im verfloßenen Berichtsjahre wieder getrieben, doch bleiben wir immer noch hinter dem zurück, was geleistet werden müßte. Es haben Beiträge geleistet:

Tabelle I.

Wahlkreis	1909	1910	Mitglieder
Delitzsch-Bitterfeld	175,00	964,40	1918
Halle und Saalfeld	2248,00	3256,76	5713
Mannsfelder Kreis	50,00	280,71	2810
Merseburger-Cuerfurt	391,00	661,54	1887
Naumburg-Weißfels-Beich.	2400,00	3000,00	5163
Sangerhausen-Carlsberg	165,08	—	452
Torgau-Liebenwerda	—	200,00	888
Wittenberg-Schweinitz	60,00	50,00	643
Summa	5489,08	8413,41	19474

Die Volksfrage

wird erfreulicherweise auch immer mehr von indifferenten Weibern als eine ungemünzte wichtige Frage angesehen. Die

find daher im verfloßenen Jahre mit weit größerer Kraftankregung geführt worden. Der Erfolg war eine erhebliche Vermehrung derjenigen Votale, die nicht bloß den tätigen

Parteien zur Verfügung gestellt werden. Wir haben die Votale auch den bürgerlichen zu Versammlungen zur Verfügung stellen können, aber ungeachtet nimmt man noch immer nicht diesen vernünftigen Standpunkt ein. Deshalb muß unser Kampf um Votale mit immer größerer Energie weiter geführt werden. Zwar wird dadurch leider mangelnder Wert, als Einzelperson, auch durch uns geschädigt, aber das läßt sich leider nicht ändern. Die Wirte haben es in der Hand, durch gemeinsame politische Vorgehen sich aus ihren politischen Situationen zu befreien. Entweder sie handeln als Ge-

schäftsleute völlig unparteiisch, oder wenn sie sich auf den Standpunkt der bürgerlichen Parteien und Behörden stellen, müssen sie sich den Kampf der organisierten Arbeiter gefallen lassen. Die Arbeiter fühlen sich nun einmal nicht mehr als Elenden.

Schon hat unser zäher Kampf um Votale den Erfolg gezeigt, daß man sich auch in Preußen auf Konferenzen der Gewerkschaften nicht auf die Frage der Freigabe ihrer Votale an alle Parteien beschränkt. Noch einige feste energische Vorträge der organisierten Arbeiter und wir haben endlich auch in Preußen den Bestand, der in Sachsen noch längere Zeit herrscht. Auch durch diesen Kampf noch manches Opfer fordern. Die Kosten für Votalkämpfe sind nun nicht angewandte Munition. Darum: Drifft weiter gekämpft um Votale!

Die Jugendbewegung

hat nur langsam Fortschritte gemacht. Es wird jedenfalls erst später vorwärts kommen, wenn aus der Jugend selbst mehr agitatorisch und organisatorisch befähigte und tätige Genossen erziehen. Auch mit verschiedenen Schwierigkeiten, die bei all solchen neuen Bewegungen sich ergeben, muß noch geduldet werden. Es ist demnach erklärlich, daß ein größerer Bericht über den Stand der Jugendbewegung auch in diesem Jahre noch nicht gegeben werden kann. Nur aus drei Kreisen war vor größerem Fortschritt zu berichten. Der Zeitzer, Halle'sche und Eisenburger Kreis; aber sonst reichlich das vorhandene positive Werbematerial noch nicht aus, um für den ganzen Bezirk eine überflüssige und einigmaßen vollständige Zusammenstellung machen zu können. Vielleicht ist's im nächsten Jahre möglich.

Noch im Laufe des Monats, in dem dieser Bericht erscheint, wird in Halle eine Konferenz der Jugendauschüsse stattfinden. (Schon im Anfang dieses Jahres hatten wir eine ähnliche Konferenz.) Ihr Zweck soll sein, eine Jugendzentrale für den Bezirk zu gründen und die Erfahrungen der einzelnen Jugendauschüsse gemeinsam auszuwerten. Die Diskussion wird ein Referat des Genossen Schumann abgeben. Genosse Schumann hat schon einige Erfahrungen gesammelt, zählt aber selbst noch mit zur „Jugend“, wird also viel für die Jugend wichtiges sagen können.

Der Volkskalender

hat nach dem Fortfall der Geschäftsliterate eine bessere Ausgestaltung erfahren, die allgemein befriedigt hat. Gebekelt wurde nur von einigen Seiten, daß sich oft für Leser des Volksblatts, oder gar des Vorwärts, „Wiederholungen“ im Kalender vorfinden. Wir halten das aber für keinen Fehler. Finden sich in diesem Kalender besondere Sachen für den Kalender, dann sollte es sogar Aufnahme finden, denn der Kalender ist für die Ausfüllung der Indifferenzen geschaffen worden.

Ein anderer Wunsch ging dahin, im Kalenderium freien Platz zu kleinen Beilagen zu lassen. Wir sind aber diesem Wunsche nicht gefolgt, weil wir dann wieder die kleinen bürgerlichen Beilagen fortlassen müßten, mit denen jetzt der Raum auf den Kalendariumblättern gefüllt wird.

Die Parteipresse

im Bezirk hat im letzten Jahre einen tüchtigen Aufschwung genommen. Fast um 9000 Abonnenten haben wir zugenommen. Den Hauptanteil an der Zunahme boten der Mannsfelder Kreis infolge des Vergarbeitsstreiks und Halle infolge der Reichstagswahl. Da neben den größeren Annoncementsinnahmen auch die Einnahme für Inserate erheblich ist, so befand sich der Verlag und die Redaktion in der erfreulichen Situation, das Volksblatt inhaltlich wesentlich zu verbessern, durch Vermehrung und größere Vielseitigkeit des Textes. Wir haben jetzt, im Verhältnis zur großen Mithilfe des Halle'schen Volksblatts, ein Parteiorgan im Bezirk, auf das wir stolz sein könnten. Aber wir wollen uns nicht überheben.

Eine Veränderung ist ferner insofern eingetreten, als die Genossen des Volkshandlungskreises sich nunmehr mit dem 1. Oktober ein selbständiges Blatt geschaffen haben, den Volksboten. Der Kreis hatte infolge seiner parteiorganisationsmäßigen Entwicklung schon lange das Bedürfnis für ein selbständiges Blatt. Die Genossen in den anderen Wahlkreisen des Bezirks beschwerten sich auch häufig über die Tatsache, daß der Zeitzer Kreis im provinziellen Teile so viel Raum beanspruche und die anderen Kreise benachteiligt seien. Ein Teil dieser Beschwerden wird nun befürwortet werden können, weil etwas mehr Raum jetzt für Provinzialgenossen geschaffen ist. Wir können also im bedauerlichen Interesse wünschen, daß das neue Parteiblatt im Zeitzer Kreise sich recht gut entwickeln möge.

Weglich der politischen Richtung, die jetzt unter Halle'sches Volksblatt einhält, sind auf allen Kreistagen zum ersten Male die Erklärungen erfolgt. Nicht eine einzige Stimme hat in diesem Punkte das Volksblatt beifolgt, so daß man annehmen darf, daß die große Mehrheit mit der jetzigen Richtung der Redaktion einverstanden ist. Zu den aufgegebenen Parteigenossen hat das Volksblatt zwar sehr entschieden, stets aber rein sachlich Stellung genommen. Es hält sich konsequent im Rahmen der Links-Strömung unserer Partei und lehnt alle Veruche ab, die dahin gehen, uns, gewollt oder ungewollt, nach rechts zu drängen, oder uns zu einer Bündnispolitik gegenüber den bürgerlichen Parteien zu veranlassen.

Dem Beschluß des Leipziger Parteitag's entsprechend, haben wir auch eine gemeinschaftliche Konferenz von Vertretern der Partei und der Gewerkschaften veranlaßt zur

Gründung eines Fonds

Der Fonds ist nunmehr zustande gekommen. Das Regulativ dazu ist bereits den Genossen durch die Presse bekannt gemacht worden. Wir haben uns gefolgt, daß es sich hauptsächlich nur um einen Fonds handeln kann, mit dem möglichst tatkräftig die Gewerkschaften bei Maiausparungen durch Zuschüsse unterstützt werden sollen.

Unsere Kontenarbeit erforderte im ganzen 18 Sitzungen, darunter vier Sitzungen des Gesamtkomitees. Außerdem hat sich das Komitee an Sitzungen der Halle'schen Parteifunktionäre der Pressekommision, der Konferenz der Jugend- und Bildungsausgänge, der Monatskonferenz und den Kreisparteiorganisationen beteiligt. Zur Aufrechterhaltung der Verbindlichkeit und speziellen Förderung der Parteiorganisation ist ja der Sekretär ange stellt, dessen Bericht nunmehr folgt.

(Schluß folgt.)

Einzelrechnung a. B. wohl noch, daß in — Nürnberg eine Metallarbeiter-Vereinbarung von 2500 Mann gezeichnet, aber nicht, daß in Halle eine solche von über 3000 Teilnehmern stattfand, in der oben von der Polizei als „liberale“ Vereinigung getarnt worden ist. Solche Freiheit bedarf keiner Meinungsgrenzung, sondern nur der unbedingten Bereitschaft, einander würdig die Hand zu reichen. — Dagegen berichtet die Halle'sche Zeitung, daß die Verammlung 4000 Teilnehmer zählte. Das Zahlen und Abzählen ist immer die schwache Seite dieses öffentlichen Zusammenkommens gewesen. Bei den Wahlrechtsbenutzungen lautete die Zahl 8000 oder mehr Teilnehmer auf 1500 bis höchstens 3000, diesmal hat für 4000 Teilnehmer mehr heraus bekommen. Was nicht hindert, daß die demnach einmal „nachweis“, daß im großen Wollspinnerei nur 1500 Personen Woll finden. Aber weil der Metallarbeiterverband an die 3500 Mitglieder zählt, bedarf es nicht der professionellen Eigenheiten der Halle'schen Zahl, sondern der Berufung, damit mehr Teilnehmer herauskommen, als der Verband Mitglieder hat und dann ist die Verammlung eine öffentliche Angelegenheit. Wenn die Polizei solcher Entschuldigungen bedarf, so ist jene Art sehr reichlich vorhanden zu haben. Wir glauben aber, daß die Verbindung mit journalistischen Konventionen jener Art selbst nicht angenehm ist.

*** Das Gläubigerscheitern, welches am 1. Oktober vom Genossen Schöne übernommen wurde, kann wegen umfangreicher Renovation in den nächsten Tagen noch nicht eröffnet werden. Der Tag der Eröffnung wird noch bekannt gegeben.**

*** Von der „Stiftung“ der besseren Städte legt eine Aufforderung in einem bürgerlichen Organ über das Zeugnis ab. Sie lautet: „Alle Anwerbtinnen in der Baugemeinde, die sich entschließen sind, auf keinen Fall „ungenügend“ zu verurteilen, sondern nur solche Studenten haben wollen, sind gebeten, ihre Namen und Adressen bis zum 10. Oktober an einen der Vorsitzenden von Wedder, Eberhard oder Stach mitzuteilen. Diese werden dann die Adressen in Studentenkreise bekannt geben.“ — Das läßt tief bedauern. Das Organ, in welchem diese Aufforderung steht, ist die Halle'sche Zeitung, die sich nicht die Mühe macht, sich über die Eitelkeit und Verwahrlosung der Arbeiter zu äußern.**

*** Die Frauen und die Politik. In Wilhelms Gesellschaftsbund, Nr. 13, veranlaßt die Monatsliche Versammlung am Freitag, den 7. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, eine öffentliche Versammlung, in der Frau Regina Deutsch-Berlin über das Thema: Die Frauen und die Politik spricht.**

*** Eine neue Gründung. Vor der Krankenkasse Justitia, Kranken- und Krankheitskasse für Deutschland in Breslau, ist am 1. Oktober 1906 als eingetragene Gesellschaft gegründet worden. In deren Tätigkeit ist über das Deutsche Reich ertrudt, begünstigt nach ihrem Statut die gegenseitige Unterstützung ihrer Mitglieder für den Fall der Krankheit und die Zahlung eines Vergütungsgeldes an die Hinterbliebenen verstorbenen Mitglieder.**

*** Die Frauen und die Politik. In Wilhelms Gesellschaftsbund, Nr. 13, veranlaßt die Monatsliche Versammlung am Freitag, den 7. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, eine öffentliche Versammlung, in der Frau Regina Deutsch-Berlin über das Thema: Die Frauen und die Politik spricht.**

*** Die Frauen und die Politik. In Wilhelms Gesellschaftsbund, Nr. 13, veranlaßt die Monatsliche Versammlung am Freitag, den 7. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, eine öffentliche Versammlung, in der Frau Regina Deutsch-Berlin über das Thema: Die Frauen und die Politik spricht.**

*** Stabilität. Donnerstag geht Mozarts Zauberflöte zum undebigsten letzten Male in Szene. Freitag abend wird Tantris der Frau zum ersten Male gegeben. Das Schauspiel des jungen Weimarer Dichters Ernst Dard, hat von allen Neuzugängen der letzten Jahre den größten künstlerischen Erfolg zu verzeichnen gehabt. Das Werk gehört zu den Repertoirstücken des Festung-Theaters in Berlin und des Hoftheaters in Wien, wo Tantris die Rolle des Tantris feierlicher in der Operaufführung vertrat. Die Bedeutung der Ausstattung des Stückes ist folgende: Tantris: Herr Dr. Dandau, Hofe: Herr Wilden, König Marie: Herr Friedrich; die Spielleitung hat Herr Schöling. Die Mitglieder der Literarischen Gesellschaft seien darauf aufmerksam gemacht, daß Vorzugsarten zu dieser Premiere Wohlgefallen haben. Sonnabend: Jar und Zimmermann. Sonntag abend: Zum 3. Male: Die geführte Frau.**

*** Die Ortstrentenliste für den Saalpreis bringt den Beteiligten zur Kenntnis, daß vom 1. Oktober c. ab die halbjährliche Zahlung aufgelöst ist und die in Weidensee beschäftigten Mitglieder der halbjährlichen Zahl, dagegen die in Elblich beschäftigten Mitglieder der halbjährlichen Zahl a. B. überweisen sind.**

*** Könnern. Vom Hospital St. Antonii hören wir wieder einmal mannhafte Klagen. Es scheint, als wenn die Kritik der dort herrschenden Zustände, die mir anlässlich einer Reise veröffentlicht, von der Verwaltung einfach ignoriert worden sei. Die alten Leute aus dem Hospital beklagen sich über die Behandlung, die ihnen bei dem Vorübergehen junger Leute gegenüber angedeihen läßt. Ebenso ist es die Kritik, die bei den alten Leuten nicht beachtet, noch viele zur Antwort: Wir sind mit Maden erhalten haben, einmal Abfresser, der nur mit Heißung hätte genossen werden können. Einmal Wagens, beim Abfresser, verhielt sich ein altes Mütterchen etwas aus der Zelle. Als es sich bei der Schwärze entschuldigte, sie habe das nicht bemerkt, noch viele zur Antwort: Go, aber die Maden in der Wirt haben Sie schon können! — Wenn abends die alten Leute ihr Abendbrot verzehrt haben, müssen sie bis zur Andacht um 8 Uhr auf ihre Zimmer, wo es dunkel ist, sich begeben. Nichts ist zu sehen, daß sie keinen Schaden nehmen oder was sie beachten. Man muß meinen bedenken, daß die Insassen des Hospitals vier sauer erhaltene Groschen hingeben haben, um in einen ruhigen Lebensabend zu haben. Bei der gefälligeren Behandlung ist davon allerdings nicht die Rede. Vielleicht tragen diese Stellen dazu bei, daß die Verwaltungsbürokratie sich einmal um das Hospital kümmert und dafür sorgt, daß den alten Leuten für ihr gutes Geld auch eine würdige Behandlung zuteil wird.**

*** Rietzchen. Eine sehr wichtige öffentliche Versammlung findet Donnerstag, 6. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, in Weidensee Lokale statt. Unter anderem sehr wichtigen Punkten steht nochmals die Freundenschaftsvereine, der Verkauf der Bergkasse an die Gemeindefabrik (Saale) und die Postfrage mit Bruders-Rietzchen auf der Tagesordnung.**

Schiffskatastrophe.

70 Menschen umgekommen.

London, 4. Oktober. Ludwigs Schiffahrtsgesellschaft meldet aus Panama: Auf dem Dampfer Chiriqui der britischen Ocean Navigation Company, der 70 Personen, darunter 27 Kajütenspassagiere an Bord hatte, erfolgte eine Kessel-Explosion, die das Schiff auf der Höhe von Garachina zum Sinken brachte. Gegen 70 Personen sind dabei ums Leben gekommen. Ein Rettungsboot ist unterwegs, um den Überlebenden Beistand zu leisten.

Reuport, 4. Oktober. Zu der Schiffskatastrophe unweit Panama wird noch gemeldet, daß 13 Überlebende in einem Rettungsboot in Garachina anlangten. Ueber den Verbleib eines weiteren Bootes mit 10 Personen ist nichts bekannt.

Seite Kründen.

Der Schöner Anzeiger bringt in seiner Nr. 116 vom 1. Oktober d. J. folgendes Interat: „An der katholischen Pfarrkirche zu Kammerwalden bei Rietzchen, Schlesiens, ist die Stelle eines Organisten und Stimmers zu belegen.“

- 1. an vier Sonntagsdiensten die Orgel zu spielen,
- 2. dabei den Gesang zu leiten,
- 3. sich die Sängerkosten zu bezeugen und einzuhöhen,
- 4. da es in Kammerwalden in der Gemeinde ein Sängerkorps gibt, solche vor auswärts auf seine Kosten dorthin zu transportieren, selbst zu entladen und zu befragen.
- 5. alle Sängerdienste einschließlich des Kirchweihfestes, aber ausschließlich des Glockenläutens und Reinigens der Kirche zu verrichten.
- 6. für die Zeit, wo er als Organist tätig ist, einen Stimmstellvertreter zu stellen.
- 7. sich zu jeder Zeit bei Lebensnotständen, Tausen, Krankheitsfällen oder zur Vertretung des Pfarrers zu halten oder einen Stimmstellvertreter zu stellen.

Als Jahresgehalt für diese Stelle hat der Herr Patron der Kirche, welchem das Bescheidungsrecht nicht, Landesältester, Mitternachtsbeizer und Mitternachtsbeizer d. n. r. i. d. v. v. o. e. i. a. auf Schönerwalden 48 M. r. l. in Schlesiens, A. d. u. d. o. d. i. e. r. i. g. M. a. r. k. (1) angesetzt, wozu noch 15 M. in Worten fünfzehn M. r. l. jährlich als Beihilfe zur Befriedigung des Stimmstellvertreter kommen. Freie Wohnung oder Deputat wird zwar nicht gewährt, doch wird vom Herrn Patron für Vermögen der Kirche, Botenwagen (niebere Mitternachtsbeizer) ein Jahresgehalt von 12 M. r. l. in Worten zwölf M. r. l. nicht verweigert werden, auch für den Wälgereitropfen, der mit der Stelle vereinigt werden kann, sind vom Herrn Patron jährlich 4 M. r. l. wörtlich Vier M. r. l. bewilligt worden.

Gedruckte Forderungen in Pfaffen und Pfaffen sind gebilliche (1) Bewerber beizulegen, bis unter Einreichung ihrer Zeugnisse bei dem oben genannten Herrn Patron zu melden.

Das katholische Pfarramt von Kammerwalden. Verlangt wird von dem Mann nicht wenig. Wie er aber mit dem Gehalt auskommen und nebenbei noch Sängerkosten soll, das dürfte ein Mädel sein, dessen Lösung dem jüdischen Kirchenpatron überlassen werden muß.

Eine furchtbare Feuerbrunst wüthete einer Meldung der Nantowiger Zeitung zufolge in dem russischen Grenzort Sietzke. Während alle die Bewohner auf dem Felde bei der Kartoffelreife weilten, brach ein Brand aus, den in kurzer Zeit, da Stille nicht zur Stelle war, den ganzen Ort in Flammen setzte. 141 Wohnungen sind niedergebrannt.

Von der Cholera. Nach einer Meldung aus Marzelle wurden dort auf einem Anstaltionsplatz kommenden Schiff die Cholerafälle festgestellt. Zwei der Erkrankten sind bereits gestorben. Die Betroffenen haben umgehend die Anstaltungen getroffen. Das Schiff wurde unter Quarantäne gestellt. In Sietzke bei Nantowig in Schlesien wurde bei einem Arbeiter Cholera festgestellt.

Singerfest. Piffa, 4. Oktober. Heute morgen 6 1/2 Uhr ist auf dem Hofe des Maj. Vandervorst der wegen veränderten Wortes und Versprechens gegen § 157 Z. 1. Nr. 4. durch die Heiligkeit des Schmeckens gerichtes in Kette vom 29. Januar und 12. April d. J. viermal zum Tode (1) und zu vier Jahren Gefängnis sowie zum Bann des Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilte Kaiserliche Krieger Valentin Ossiol durch den Schlichter Schwibg hingerichtet worden.

Meines Mädel. Ein Eisenbahnunglück hat sich Dienstag zwischen Weimesschen-Lente und Sietzke ereignet. Ein Güterzug fuhr auf zwei mit Steuermaterialien beladene Güterwagen, die an der Unfallstelle hielten. Die Lokomotive wurde zertrümmert, der Lokomotivführer und zwei Steuermann erlitten Verletzungen, davon der Lokomotivführer schwere Kopf- und Brandwunden. Der den Güterzug führende Steuermann wurde bei an der Unfallstelle unbedeutend verletzt. Durch glückliche Umstände wurden die Güterwagen nicht aufgefunden. — Durch glückliche Umstände wurden der Güterzugführer, dessen Todestag und Entlassung in Stalls Weimesschen, als sie ihrem Weinsteller einen Besuch abstatteten. Sie wurden von den Oheim des jungen güterlichen Weines betrat, daß alle drei, bevor sie fort, erlitten. — Aus Unvorsichtigkeit seine Mutter erlöschten an der Sohn des Güterzugführers Nervo im Feinno. Der junge Mann ist wahrscheinlich geworden. — Der 34-jährige Arbeiter Paul Schulz aus Großen a. O. hatte seine 23-jährige Ehefrau aus Eiferduld verlassen. Sonnabend letzte Schulz aber zurück und in seine feiner Frau auf, die mit einigen Arbeitern aus der Fabrik heimkehrte. Er sprach auf sie zu und gab nach kurzem Wortwechsel auf seine Frau eine Schläge, die sie tödlich verletzten. Darauf feuerte er drei Schüsse auf sich selbst ab. Das Ehepaar liegt in hoffnungslos-igen Zustand im Krankenhaus. — Auf der Schließung wurde bei dem Güterzug ein Mann getötet, mehrere andere Bergleute konnten gerettet werden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Revolution in Portugal.

Berlin, 5. Oktober. Der portugiesische Korrespondent des Sozialen meldet aus Cape Blanco: Ein großer Teil des Heeres, besonders die Artillerie und die gesamte Marine, haben sich gegen das portugiesische Königshaus erhoben. Die Kriegsschiffe und die Flotte hätten die republikanische Flotte. Um 2 Uhr Nachmittags begann das Bombardement des Königpalastes durch die Kriegsschiffe. Sämtliche Zugänge zur Stadt sind gesperrt und die Telegraphenleitungen abgeschnitten, so daß der Korrespondent auf einem Schiffe nach Cape Blanco reisen mußte, um sie telegraphieren. Vom Bord aus sah man das Bombardement des Königpalastes, der von vielen Geschossen getroffen wurde. Der Ausgang des Kampfes erscheint zunächst unklar, da noch nicht bekannt ist, wie die Revolutionäre verhalten. Um 1 Uhr begann ein heftiges Feuergefecht in den Straßen der Stadt. König Manuel soll Gefangener der Revolutionäre sei. Mehrere Einzelkämpfer sind noch nicht zu erfahren. (Siehe auch den Artikel auf der ersten Seite des Hauptblattes.)

Die heutige Nummer umfasst 10 Seiten.

Zentral-Bibliothek.

Ausgabezeiten: Dienstags, Donnerstags abends 8-9 Uhr und Sonntags von 10-12 Uhr.

Ausgabeort: Volkspark, Burgstraße 27, Bibliothekszimmer.

Bei Abonnenten und ständigen Lesern bildet „Kuffe“ eine sehr gut erscheinende, leicht verständliche Zeitschrift, die in jeder Zeit gern angenommen wird und eine angenehme Abwechslung gegenüber der beliebten Verabreichung von Hefenartikeln darstellt.

Linoleum, beste Delmenhorster Waren zu außergewöhnlich billigen Preisen.

Rudolf Steussing,

Poststrasse 6. Halle a. S. Telephon 1946.

Auch ohne jeden

Kardinal-Malkaffee

Zusatz von Bohnenkaffee ist **Kardinal-Malkaffee** ein vorzügliches, würziges und wohlschmeckendes Getränk. Er ist überall zu haben.

Dr. Lampes Fischzucht, populäres Handbuch der Arten, Pflege, Zucht und sämtlicher Krankheiten der Fische, sowie ein ausführliches Nachschlagewerk aller die Süßwasserfischerei betreffenden Vorrichtungen. Mit 336 Illustrationen und einem zerlegbaren Modell eines Karpfens. Preis 3.00 Mk. Zu beziehen durch die **Volksbuchhandlung,** Halle a. S., Harz 42/43.

Handtruchhalter für Küche und Schlafzimmer bei **C. F. Ritter,** Leipzigerstrasse 90.

6fanin. Eitennroman aus den Tagen der russischen Revolution. Vollständige Ausgabe. **Dreimal verboten gewesen!** hochinteressant, 430 Seiten Hart. Preis 1.50 Mark. **Volks-Buchhandlung.**

G. Schaible, Möbelfabrik, Gr. Märkerstrasse 26.

Wohnungs-Einrichtungen, einzelne Möbel. Katalog gratis und franko.

KLEINE KIOS -CIGARETTE 2 1/2 & 3 1/2 Pf.

Türk. Tabak- & Cigaretten-Fabrik, „Kios“ o. E. Robert Böhme, Dresden.

Zur Aufklärung u. Beurteilung des verehrt. kausenden Publikums.

Die Firma F. H. Krause bekam von der Erdbeer-Butter-Gesellschaft, Leipzig, deren Verkauf ich übernommen habe, **keine Erdbeer-Butter geliefert.** Der Preis für wirkliche Erdbeer-Butter, à Stck. 72 Pfg., ist jedem Paket aufgedruckt, Herr Krause bietet jedoch eine Erdbeer-Butter zu 65 Pfg. pro Stück an. Der Name „Erdbeer-Butter“ ist gesetzlich geschützt, ferner ist für wirkliche Erdbeer-Butter der Einkaufspreis höher als Herr Krause dieselbe verkauft. Die Erdbeer-Butter-Gesellschaft, Leipzig hat bereits die erforderlichen Schritte unternommen, um dieses unfeine Handwerk der Firma Krause zu legen, ferner habe ich bei der Königlichen Staatsanwaltschaft Anzeige wegen unlauteren Wettbewerbs erstattet. **Albert Knäusel.**

2. Beilage zum Volksblatt.

Aus der Partei.

Der Provinzialparlament für Schleswig-Holstein feierte am Montag seine Beratungen fort. Der Parteitag nahm zunächst den Bericht über die Presse entgegen. Er beschloß, daß sämtliche Kolportagen in der Provinz, mit Ausnahme der Kolportagen der Orte, in denen das Hamburger Echo verbreitet ist, in eigene Regie des Parteigeschäftes in Kiel übergehen sollen. Der Parteitag beschloß ferner, der Geschäftsleitung des Parteigeschäftes in Kiel die Frage zur Prüfung zu überweisen, ob für den nördlichen Teil der Provinz eine selbständige Zeitung oder ein Kopfstab für Schleswig-Holsteinisches Volksblatt möglich ist.

Ueber Wahlrechtsfrage und Reichstagswahl referierte Gen. Alexander. Das Referat kam zu dem Schluß, daß der preussische Wahlrechtstypus wieder energisch aufgenommen werden müsse und daß alle aus der Situation sich ergebenden Mittel im Kampfe angewandt werden müssen. In der Frage der Reichstagswahl stellte der Referent die Forderung auf und durch die Diskussionen wurde das noch besonders unterstrichen, daß der Wahlkampf von der Partei mit prinzipieller Klarheit unter Vermidung jeder Verschleierung unseres Endzieles geführt werden müsse. Das Referat entfielente eine Debatte über den Massenstreik, deren Ergebnis sich mit dem Verlauf der Verhandlungen des Magdeburger Parteitages über diese Frage deckte. Als Sitz der Agitationskommission wurde Altona wieder bestimmt, als Parteisekretär der Genosse Bartels wieder gewählt. Der nächste Parteitag soll in Cuxin stattfinden.

Stellung in der schlesischen Sozialdemokratie?

Das Reichstagswahl-Vorgehen der schlesischen Partei gegen die Internationalität treuebeliebigen Genossen führt natürlich zur Gegenwehr. Die Vertreter der aus der Partei ausgeschiedenen 15 zentralistischen Vereine veröffentlichen im Wilmers Pariser einen Aufruf, der die Aufhebung gegen den Beschluß des internationalen Kongresses beruht. Die Organisationen haben beschlossen, ein vorbereitendes Exekutivkomitee zu wählen.

Die Verhandlungen in der Metallindustrie

sind nicht, wie gestern gemeldet, gescheitert, sondern werden noch fortgesetzt.

Am Dienstag sind die Verhandlungen auf Mittwoch vertagt worden. Die Unternehmer haben einige Zugeständnisse in Lohnfragen gemacht. Welcher Art diese Zugeständnisse sind, darüber verlautet nichts, da die Verhandlungen geheim gehalten werden. Einer Verfürzung der Arbeiterzeit haben sich die Unternehmer nicht zugänglich gezeigt. Mittwoch nachmittag wird eine Konferenz von Vertretern der Werksarbeiter erneut Stellung nehmen, Mittwoch abend 8 Uhr werden dann die Verhandlungen zwischen den Organisations-Vertretern und Unternehmern ihren Fortgang nehmen.

Der Zentralvorstand des Metallarbeiter-Verbandes

erklärt in der neuesten Nummer der Metallarbeiter-Zeitung eine Publikation an die Mitglieder, in der nach einer kurzen Sachdarstellung der Differenzen und der Forderungen der Werksarbeiter die vom Vorstand beschlossenen außerordentlichen Maßnahmen für die bevorstehende große Ausbreitung bekannt gegeben werden. Es wird die Erhebung eines Extragelbes ausgeprochen. Dieser soll im Grundbetrage 2) Pfennig pro Woche

betragen. Die Ermahnungen, die es ohne Gefahr für den Mitgliederbestand tunen, sind verpflichtet, zu diesem Grundbetrage lokale Zuschläge, deren Höhe örtlich einheitlich geregelt wird, zu erheben. Der lokale Beitrag (Grundbeitrag und lokaler Zuschlag) ist unverändert an die Hauptkasse abzuführen. Die Unterabteilungen sollen in der Art geregelt werden, daß die von der Ausbreitung betroffenen Mitglieder für die ersten 14 Tage auf Unterzahlung aus Verbandsmitteln zu verzichten haben. Streiks, die während der Ausbreitung entstehen, werden ebenso behandelt. Die Mitglieder erhalten für die ersten 14 Tage des Streiks keine Unterzahlung. Während der Ausbreitung dürfen örtliche Zuschläge zu den Verbandsumgehungen nicht gezahlt werden. In dem Kultur wird sohan angeht.

Die Arbeitsbedingungen der deutschen Werksarbeiter sind während der letzten Wirtschaftskrise vielfach verschlechtert worden. Sie wieder in Einklang zu bringen und den Anforderungen der gegenwärtigen Zeit, einen Ausgleich zu schaffen zwischen den Preissteigerungen aller wichtigen Volksnahrungsmittel und der dadurch gestunkenen Kaufkraft des Arbeitslohnes sowie eine Sicherung der Arbeitsverhältnisse gegen Willkür und Zufälligkeiten herbeizuführen, das ist der ausschließliche Zweck des Werksarbeiterstreiks.

Mit einem Appell an die Einigkeit und Geschlossenheit und mit der Aufforderung zur tatkräftigen finanziellen und moralischen Unterstützung schließt die Publikation des Zentralvorstandes.

Wie die bürgerliche Presse läßt!

Von Streikkravallen der Bauarbeiter in Ratingen wußte die bürgerliche Presse eine Schandurde zu berichten. Unter dem sensationellen Titel: „Kampf zwischen Italienern und Deutschen“ wurde mitgeteilt, daß 120 Arbeiter und Bauhilfsarbeiter der Firma Franz Schiller, Dortmund, die in Ratingen einen Gewerkschaftsverein der Rhein-Elbe-Gebirgsarbeiter gegründet, beschloßen hätten, falls die Firma die geforderte Lohnerhöhung ablehnt und die wegen dieser Forderung bereits erlassenen Arbeiter nicht wieder einstellt, auszuhun zu werden. Dann hieß es: „Nach der Vernehmung kam es einen blutigen Kampf mit den gleichfalls auf dem Bau beschäftigten Italienern, die an der Versammlung nicht teilgenommen hatten. Dabei verletzte das Messer eine große Notte. Zwei der Beteiligten wurden tödlich, eine ganze Anzahl mehr oder minder schwer verletzt. Die Polizeibeamten mußten mit blanker Waffe einbrechen und zahlreiche Verwunden verhaften, ehe die Ruhe wieder hergestellt werden konnte.“

An der ganzen Sache ist kein wahres Wort, Tatsache ist nur, daß der betreffende Bau der Firma Schiller geblieben wurde, weil die Firma sich weigerte, die tarifmäßigen Löhne zu zahlen und auch die Pflichten, tarifmäßig vorgeschriebene Arbeiter nicht anzuwerben wollte. Daraus fand eine Versammlung statt, an der sich alle italienischen Arbeiter teilnahmen. An der Arbeitsgemeinschaft beteiligten sich sämtliche italienische Arbeiter, die bei der Sperrung einmüßiger Dauer mit vollem Erfolge benützt werden konnte. Auch die Beteiligung weiß von keiner Säuberung und die Organisationsleistungen, die während der Sperrung bis 7 Uhr abends auf der Baustelle anwesend waren, wissen nichts davon. — Um der sozialdemokratischen Partei oder den freien Gewerkschaften etwas am Jange zu stützen, da ist der bürgerlich-fantastischen Eigenpreis eben jedes Mittel recht.

Streikkravallen in Röhren-Zeug.

bei denen nach lägenhaften Berichten der bekannten bürgerlichen Presse „Arbeitswille“ und die sie beschuldigenden Kräfte von Streikenden überfallen worden seien, entpuppen sich als ein blühendes Treiben der Arbeitswilligen gegenüber auch auf ganz unbeteiligte Passanten. Die Ursache zu dem Zusammenstoß mit

der Polizei waren die am Neubau des Volkshauses beschäftigten „unbilden Elemente“, die die Polizei glauben schütten zu müssen. Ein Bureauarbeiter und mehrere Arbeiter, die gerade aus den Fabriken heimkehrten, wurden schwer mit Säbeln geschlagen, obwohl sie von den ganzen Vorgängen nicht das mindeste wußten. In einer amtlichen Erklärung gibt die Polizei selbst zu, daß Unbeteiligte verletzt worden sind. Der Bauhilfsarbeiterverband erklärt, daß die Ausführenden mit der Sache nichts zu tun haben.

Meldungen über Gewerkschaftsstämpfe.

Die Tarifbewegung der Buchbinder in Hannover hat jetzt in vier Betrieben zur Arbeitsunterbrechung geführt, im Streik befinden sich etwa 20 Personen. Da am 8. Oktober in den meisten Betrieben die Kündigungskfrist abläuft, wird an diesem Tage das Gros der Arbeiter und Arbeiterinnen, ca. 1000 Personen, in den Ausschuss treten. Einigungsverhandlungen scheinen zurzeit ausgeschlossen, da es die Unternehmer auf eine Kraftprobe ankommen lassen wollen.

170 Kohlerber haben bei der Firma Roser in Hellingen, Steiermark, die Arbeit niedergelegt. Sie fordern Erhöhung der Arbeitslohn um 15 Prozent, außerdem freizeigende Löhne der Hilfsarbeiter, sowie der Mann- und Zerkelarbeiter, die häufig im Lohn arbeiten. Für alle Arbeiter, auch die Hilfsarbeiter, einen Aufschlag für Überstunden, der wochentags 15 Pfg. und Sonntags 20 Pfg. pro Stunde betragen soll. Bezug von Kohlerber und Zerkelarbeitern ist ferngehalten.

Aus den Nachbarkreisen.

Von Arbeitswilligen.

Der Arbeiter Richard Fiedl und der Kolier Otto Fieschauer in Langenfeld haben im Juni d. J. den arbeitswilligen Maurer Gustavus Lehmann und Fiedl soll den G. außerdem noch einen anderen Arbeiter, dessen Namen nicht bekannt ist, hatte gelegentlich des Schuljahres in Schiedlich den Arbeitswilligen mietet und war dann mit dem Beschuldigten auf einem Neubau in Schiedlich im Juni d. J. zusammen gekommen. Da G. nicht organisiert war, sollen die Angeklagten, die heute vor dem schlesischen Schöffengericht standen, Anzeigen wegen „Streikbrecher“, „Verbrecher“ und „Zusammenkunft“ gegen G. haben. Fiedl gibt zu, dem G. einen Schlag verleiht zu haben; beide Angeklagte stellen aber in Abrede den G. beschimpft zu haben. Nach der Anklage wurde der Angeklagte als eine Körperverletzung mittels hinterlistigen Unterdrückens angesehen. Der Vertreter des Anwalts, ein junger Referendar sprach in Beziehung auf die Zeiten von „bölgiger Untergrabung der Anstandsordnung“ und beantragte gegen Fiedl zwei Monate und drei Wochen Gefängnis und gegen Fieschauer drei Wochen Gefängnis. Das Urteil lautete gegen Fiedl auf einen Monat Gefängnis und 50 Mark Geldstrafe und gegen Fieschauer auf 20 Mk. Geldstrafe.

Wer schürt den Klassenhaß?

Den Arbeitern die Tätigkeit auf dem Gute der Herren Biersdorf u. No. in Dahlemerleben gründlich zu verbieten, darin liehst der dort bedienete Inspektor Martowitz ganz hervorragendes. Nachdem dieser Herr es immer verstanden hat, die Arbeiter zu schikanieren, liebt er diesem Verhalten die Krone dadurch auf, daß er einen bauffischen Arbeiter durch ein Duzenbolen vom Gutshofe merlen lassen wollte. Und das kam so. Einer der dort beschäftigten Arbeiter wurde wegen einer geringfügigkeit vom Inspektor entlassen, daß der Verräter gar nicht heraus, sondern schämerte den Arbeiter dadurch, daß er ihn immer und immer wieder zur Abholung derselben befehle. Einen ganzen Tag

Kraft.

Nachdr. verb.

Roman von Fritz Rauthner.

„Was denn, mein Herz?“
„Ich weiß es nicht. Es ist bei ihm alles so fein und abgeklärt gemein. Ich weiß nicht, ich hätte nie die Furcht, er könnte etwas Unmögliches tun, etwas Hohes. Aber gerade — Du wirst lachen.“
„Sag das nicht. Du weißt, Robert, wie sehr ich eure Weibchen schwärme.“
„Na...“
„Der schwärmlinge alle Knacker hatte sich schon zweimal umgedreht und Kopfe tief beschämen mit dem Weibchen und die Ehe.“
„Ob es wohl Zeit wäre umzufahren?“
„Sie wissen ja!“ rief van Tenius. „Sie sollen um 7 Uhr wieder am Schlossgarten sein.“
„Na, denn will ich langsam kehrt machen.“
„Was denkst denn der Mann?“ rief Marianne plötzlich. „Ich sitze dich, Robert, laß ihn den Wagen aufmachen; es ist eine so himmlische Luft, und es sieht uns niemand. Und weißt du was? Wir geben ein Ständchen auf Fuß! Arm in Arm! Bis nach Schildhorn. Bitte, bitte!“
„Dann zu gehen, wenn auch mit einem bedenklichen Gesicht, ließ van Tenius halten und gab die nötige Anordnung. Während der Knacker die rückwärtige Hälfte des Wagens zurückführte, stiegen Beide aus und schritten langsam dem Bauerufer zu.“
„Am Wirtshaus, der Nulle nun gänzlich leer war, ließ van Tenius rasch zwei Gläser Bowle von Postwein bringen, und sie tranken ständchen zu. Auf gut rheinisch. Aus in Auge über den Glanz.“
„Guter macht lustig.“ sagte van Tenius. „Es ist eben nichts, wie man sich's vorgestellt hat.“
„Und doch.“ sagte Marianne. „Ich werde mir wieder etwas Liebes zu merken haben.“
„Nun sitzen sie wieder ein und trauten im halboffenen Wagen in die Dämmerung hinein. Die Sonne soll bereits hinter der niederen Wollentab hinab, und zwischen den Stämmen, die sich beinahe schwarz vom schimmernden Himmel abhoben, begannen lustige Farben aufzuleuchten.“
„Sie sehen wieder Abend in Sand.“
„Und jetzt bedachte. Warum konntest du heute nicht bei uns essen?“
„Ich hatte ein Rendezvous.“
„Du!“
„Und mit einer Dame.“
Marianne schloß ein Weichen, dann sagte sie:
„Wenn ich nicht so sicher wäre in deiner Liebe, wenn sie mich nicht umgäbe wie ein Mantel, der mich einhüllt und warm hält, ich müßte jetzt wohl fragen.“
„Das sollst du auch, mein Herz. Ich habe heute wirklich allein mit einer Dame zu Mittag gegessen. Und mit einer

solleten Frau, die mir für schon hält. Nicht wahr, ich brauche dir nicht zu sagen, daß das mir das nichts macht.“
„Kenne ich dich?“
„Nein, mein Herz, wenn sie auch nicht weit von euch wohnt, bräuen in einer der Villen von Weidling. Eine reiche, junge Witwe, namens Frau Verda Schade. Sie liebt die Einseitigkeit, weil sie nicht gern allein ist.“
„Du!“
„Nein, mich hat sie wirklich nur in meiner Eigenschaft als Rechtsanwalt zu sich gebeten, und ich konnte dir nicht einmal helfen, der arme.“
„Kannst du es mir erzählen?“
„Dir gewiß, und ich nenne ja seine Namen. Die arme Frau hat sich da mit einem Salunen eingelassen. Weißt du, mit einem von den Salunen, die in allen Salons gebildet werden, denn du wirst dich schon deine Hand gereicht hat, und die eines schönen Tages verschollen sind oder im Justizhaus abgeheigt oder als reiche Leute eine Fierde der Weidling werden. Je nachdem. Ein ganz begabter Salune übrigens; er besitzt von der schönen und reichen Witwe sehr hübsche Liebesbriefe, sie sind an ihn selbst gerichtet, und da droht der Herr einfach, die Briefe zu mißbrauchen, wenn sie ihn nicht betraut.“
„Und was will sie von dir?“
„An ihrer Tochter hat sie sich eingelassen, man könnte so einen Expresier auf getreulichem Wege unethisch machen. Und da ihr meine letzte Begehrungsrede gefiel, die für die kleine Telegraphistin mit dem Revolver... da wendete sie sich eben an mich.“
„Und du konntest nicht helfen? Du?“
„Da kann mir nicht helfen. Schwindens das Recht kann nicht helfen. Aber ich mit einer Sandlunge ausserhalb der Grenze stellt, den führen die Konventionen immer weit vom Gefes fort. Ich habe ihr den verzeihelsten Rat gegeben, den Herr ebenfalls niedersäufelien, wenn er wiederkommen. Nicht ganz im Ernst. Ich würde sie aber danach herzlich gern verteidigen.“
Marianne war nachdenklich geworden.
„Ein wir nicht auch etwas, was außerhalb der Gelese ist?“
Van Tenius drückte ihre beiden Hände zärtlich fest und antwortete:
„Außerhalb der Gelese, außerhalb der Natur geschah sein Unglück. Und was mir tun, ist eben davon auch eine Folge.“
Er führte ihre Hände langsam zu seinem Munde und bedeckte den kleinen Raum zwischen Handrücken und Armel mit seinen. Sie ließ es eine Weile geziehen, als er aber ungestüm wurde und mit seiner rechten Hand ihre Schulter umfing und sie dichter an sich preßte, entzog sie sich ihm leise und sagte:
„Sie wieder gut. Du weißt ja. Das ist unmöglich zwischen uns. Ich könnte nicht mehr zu ihm zurückkehren. Und er braudt mich doch.“
Dann schloß sie auf, umklammerte mit beiden Händen seine linke Schulter und lehnte die Stirn auf.
„So führe sie weiter und schüchtern Liebesworte, bis sie sich beruhigte und aufatmend wieder behaglich neben ihm saß.

Van Tenius mußte nun genau erzählen, wie die unvorsichtige Witwe auslief, wie sie wohnte und wie sie geliebt gewesen und womit sie den Weidling bewirtet hatte. Van Tenius berichtete ausführlich, und sein offener Mund ließ nicht einen eierichtigen Gedanken bei Marianne aufkommen.
Die Sonne war untergegangen, es fing zu dunkeln an, Marianne hatte ihr Hüden wieder aufgelegt. Eben überlegte van Tenius, ob er den Wagen nicht wieder schließen lassen sollte, als sie den Wald verließ und nicht weit hinter dem Bauerthum von Weidling in das bewohnte Gebiet einbogen. Van Tenius ermahnte die Gutmütigkeit von Marianne einen alten, Drehgeschloß einer Later. Sie machte zu ihrem Begleiter eben eine Bemerkung darüber, daß der Mann gewiß blind sei und so ein Almosen brauchen könne, als van Tenius einen Herrn bemerkte, der dem Wagen entgegenkam. Er hielt sich auf der Seite, wo Marianne saß. Sie beachtete ihn nicht; van Tenius ermahnte ihn schon von weitem, und bemerkte, bevor er noch einen Gedanken fassen konnte, daß der Herr auch ihn erkannt hatte und jetzt die Dame fixierte. Van Tenius konnte nicht mehr tun, als Marianne rasch in ein lebhaftes Gespräch ziehen, so daß sie ihm den Kopf zuwenden mußte. Aber das machte nicht viel gehalten haben; denn in dem Augenblicke, als der Wagen an ihm vorüberfuhr, ließ der Herr stehen, nahm seinen Hinterschub tief vom blauen Rockfops und lächelte dabei so ironisch und siegesbewußt, daß van Tenius sicher war, auch die Dame wäre erkannt worden.
„Er erwiderte den Gruß nicht, um Marianne nicht zu erschrecken.“
„Was hast du auf einmal?“ fragte sie aber doch.
„Denn, mein Herz, sagte van Tenius rasch entsetzt, „du sagst dir ja immer meine Anordnungen, ich meine, wenn ich für uns beide vorichtig sein will. Hier kommen jetzt an Säulen vorbei, in denen Menschen wohnen. Ganz gleichgültige Menschen, die uns beide aber tieflich kennen. Und liege ich jetzt den Wagen schließen, so würde es dem Knacker auffallen.“
„Du weißt, Robert, wenn ich bei dir bin, kann ich an alle diese Dinge nicht denken. Da muß ich schon blindlings gehorchen. Was willst du, das geschiedt?“
Van Tenius hatte den Knacker schon halten lassen.
„Du fährst einfach allein bis an den Schlossgarten. Ich gebe von hier ab zu Fuß.“
„Und du willst, Robert?“ sagte Marianne traurig. „Mögllichst sehen ich ein arger Gedanke durch den Kopf zu gehen.“
Van Tenius sagte lächelnd:
„Fürchtest du meine Witwe? Mein Herz, ich liebe dich ja.“
„Gewiß!“
„Und wann sehen wir uns wieder?“
„Ich komme am Donnerstag zu euch, wie gewöhnlich. Lebewohl bis dahin.“
Van Tenius sprang aus dem Wagen, rief dem Knacker zu, er solle nur weiterfahren, sollte noch keinen Gedank an dem hinter untergeschlagenen Verdeck, und wandte sich dann ruhig zurück.

